

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Erfolg für Reagan

Der amerikanische Kongress hat Präsident Reagan freie Hand für die Wiederaufnahme direkter Hilfe an die antisandinistischen Guerilleros in Nicaragua gegeben. Vom nicaraguanischen Aussenminister ist die Entscheidung als «Abstimmung für Tod, Zerstörung und Leiden» bezeichnet worden.

### Luftpirat verhaftet

In Jordanien ist der Luftpirat festgenommen worden, der tags zuvor auf Zypern ein libanesisches Verkehrsflugzeug gekapert hatte. Acht Menschen in der gekaperten Maschine waren kurz zuvor Geiseln schiitischer Extremisten gewesen, die in Beirut ein jordanisches Flugzeug sprengten.

### Heute Urteil in Danzig

Im Danziger Prozess gegen drei Mitarbeiter der verbotenen Gewerkschaft «Solidarität» sollen am Freitag die Urteile verkündet werden. Die Angeklagten sprachen in ihren Schlussworten von einem Scheinprozess und verzichteten darauf, um Freispruch zu bitten.

### OPEC-Sitzung verschoben

Die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) hat ihre für den 30. Juni in Genf angesetzte Halbjahressitzung auf den 5. Juli in Wien verschoben. Das bestätigte am Donnerstag ein OPEC-Sprecher in Wien. Das Treffen wurde damit zum zweiten Mal verschoben, nachdem es ursprünglich am 22. Juli hätte in Genf stattfinden sollen. Inoffiziell wurden Terminprobleme der 13 OPEC-Minister als Grund für die Schwierigkeiten bei der Terminplanung angegeben.

### Irakische Luftangriffe

Flugzeuge der irakischen Luftwaffe haben nach Angaben des Oberkommandos in Bagdad am Donnerstag sechs in Grenznähe gelegene iranische Städte und Dörfer angegriffen. Ein Militärsprecher gab im Rundfunk-Lagebericht bekannt, die am Vormittag unternommenen Angriffe hätten sich gegen die Städte Gard, Disful und Kermanschah sowie gegen drei Dörfer gerichtet.

### Jordanien stellt Flüge ein

Die jordanische Fluggesellschaft ALIA hat am Donnerstag mit sofortiger Wirkung alle Linienflüge nach Libanon eingestellt. Sie reagierte damit auf die Sprengung eines gekaperten jordanischen Verkehrsflugzeuges am Mittwoch auf dem Beiruter Flughafen.

### Sonderbeilage:

## Sommerferien 1985

Die grosse Sommerferienzeit 1985 rückt näher! Viele Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner haben ihre Auslandsreise mit dem Auto, Car oder Flugzeug schon lange geplant. Viele werden die «schönsten Tage im Jahr» wieder zuhause verbringen. Tips und Trends zur Gestaltung der Ferien, aktuelle (Verkehrs-)Hinweise für Auslandsreisende und anderes mehr bilden denn auch die Schwerpunkte der VOLKSBLATT-Sonderbeilage «Ferien-Reise-Freizeit-Mode», in der auch unsere Inserenten auf ihre sommerlichen Angebote und Aktionen hinweisen. Die Beilage finden Sie auf den Seiten 9 bis 17 in dieser Ausgabe.

## Steuergesetz, Alarmeinrichtung und Motionen

Zügige Behandlung der Traktanden in der Landtagssitzung vom Mittwoch, 12. Juni

Zwei Vorlagen standen in der Mittwoch-Session des Landtages im Mittelpunkt des Interesses: einmal die Gesetzesvorlage zur Steuerbefreiung für abgasarme Motorfahrzeuge, welches einstimmig verabschiedet wurde und zum zweiten die Gesetzesvorlage über die Abänderung des Finanzgesetzes für das Jahr 1985 und das Gesetz über die Landes- und Gemeindesteuern, welches in erster Lesung durchberaten worden ist. Die Abgeordneten sprachen sich in der Eintretensdebatte ganz eindeutig für die Vorlage aus, welche die kalte Progression im Steuergesetz ausgleichen soll. Wenn die Vorlage den Landtag in dieser Form passiert, wird es zu Steuerausfällen von rund 4 Millionen Franken für das Land und rund 8,3 Millionen Franken für die Gemeinden führen. Deshalb stellten insbesondere die VU-Abgeordneten Alfons Schädler und Anton Hoop, Ruggell, als Vertreter einkommenschwächerer Gemeinden die Frage nach dem Mass des Ausgleichs.

Der FDP-Abgeordnete Josef Büchel erinnerte in seinem Votum daran, dass die zur Behandlung anstehenden Gesetzesvorlagen auf eine Motion vom 19. Dezember 1984 der FDP-Fraktion zurückgehe und gab seiner Freude Ausdruck, dass die Regierung bei der Ausarbeitung der Gesetzesvorlagen auf die Vorstellungen der Motionäre eingegangen sei. Josef Büchel wies darauf hin, dass der Ausgleich der kalten Progression im Steuergesetz eine umstrittene Sache, aber eine Notwendigkeit und ein legitimer Anspruch des Steuerpflichtigen sei. Er wies die Regierung im Zusammenhang mit der Gesetzesänderung darauf hin, dass im Regierungsbericht die Grundstückgewinnsteuer einfach vergessen worden sei. Regierungschef Hans Brunhart versprach diesen Mangel bis zur nächsten Lesung auszumerken.

Paul Kindle (VU) begrüßte die Vorlage, auch wenn es um Steuerausfälle von mehr als 12 Millionen Franken für Staat und Gemeinden gehe. Die öffentliche Hand könne dies angesichts der guten finanziellen Lage ohne Schwierigkeiten verkraften. Er sehe diese Entlastungen für den Steuerzahler als Übergangslösung bis zur Verwirklichung der grossen

Steuerreform, die er als echte Herausforderung für «uns alle» bezeichnete. Regierungschef Brunhart stellte zum Votum des Abg. Kindle grundsätzlich fest, dass man nicht von einem «Überfluss des Staates» sprechen könne, angesichts der Grossprojekte, die in den nächsten Jahren auf das Land zukommen, wie zum Beispiel die Gasversorgung mit einem Volumen von rund 25 Millionen Franken. Auf den eigentlichen Kern der Sache eingehend (nach Wortmeldungen des Abg. Beat Marxer/FBP), nämlich die grosse Steuerreform, meinte Brunhart, dass die Partialrevision auf die Gesamtrevision Rücksicht genommen hätte. Doch sei es grundsätzlich schwierig, ein Steuergesetz

in diesem grossen Umfang vorzulegen, das allen Interessen entgegenkomme und bereits in den Ansätzen heftig bekämpft werde. Es gehe darum, einen Konsens zu finden, dass das Steuergesetz schlussendlich auch eine Mehrheit findet.

### Eine Million für Alarmanlage in Liechtenstein

Nach befürwortenden Voten von Noldi Frommelt (FBP), Georg Gstöhl (VU) und Anton Hoop (Ersatz, VU, Ruggell), für eine Warn-Alarm- und Einsatzleitstelle zur Mobilisation des Interventionspersonals der Unfallhilfe- und Katastrophenschutzorganisation über das Telefonnetz, genehmigte das Plenum einstimmig den

## Individuelle Beratung statt Strafe

Petition zum Schwangerschaftsabbruch eingereicht – 380 Unterschriften

Am Montag, den 10. Juni ist bei der Fürstlichen Regierung eine Petition eingereicht worden, welche von 380 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet worden ist. Diese Petition zum Schwangerschaftsabbruch kam aufgrund der Revision des liechtensteinischen Strafgesetzbuches zustande. Sie bezweckt, dass die Landtagskommission die jetzt vorgesehene Lösung bezüglich Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich neu überdenkt. Nachstehend der Wortlaut der Petition:

- Die Unterzeichneten befürworten:
● die ersatzlose Streichung der Paragraphen 96 bis 98a betr. Schwangerschaftsabbruch aus der neuen Vorlage des liechtensteinischen Strafgesetzbuches. Die Indikation zu einem Schwangerschaftsabbruch kann nur von der Frau selbst gestellt werden. Sie hat das Recht, selbst zu entscheiden, ob sie die Schwangerschaft austragen soll oder nicht.
● Hingegen sind Beratungsstellen (Ärztinnen, Psychologinnen, usw.) einzurichten, die durch Propagierung von Methoden zur Schwangerschaftsverhütung unerwünschten Schwangerschaften vorbeugen.
● Die beste Methode, die Abtreibungsquote tief zu halten, ist eine tabu- und

repressionsfreie Sexualerziehung, die auch zu verantwortungsbewusster Anwendung der Verhütungsmethoden führt.



Unsere Aufnahme zeigt Vize-Regierungschef Hilmar Ospelt am Mittwoch während der Entgegennahme der Petition. (Bild: Barbara Rheinberger)

## Einigung im Bonner Koalitions-Spitzengespräch

Streitereien kamen nicht zur Sprache – Innen- und rechtspolitische Vorhaben verabredet

Bonn (AP) – Schneller als geplant und unter Ausklammerung der öffentlichen Streitereien der letzten Wochen haben die Parteivorsitzenden der Regierungskoalition am Donnerstag in Bonn ihr Spitzengespräch über die wichtigsten politischen Vorhaben bis zur Bundestagswahl 1987 beendet. Wie die Parteizentralen von CDU, CSU und FDP nach der Unterredung von Bundeskanzler Helmut Kohl, Wirtschaftsminister Martin Bangemann und dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauss mitteilten, einigte man sich vor allem über die bislang umstrittenen Projekte der Innen- und Rechtspolitik mit Ausnahme der Novellen zum Ausländer- und Asylrecht.

Die Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik wurde von den Parteivorsitzenden entgegen vorherigen Verlautbarungen nicht erörtert. In den Parteizentralen wurde aber darauf verwiesen, dass man sich ohnehin einig sei. Die Städtebauförderungsmittel drastisch zu erhöhen, die Kredite für Umweltschutzbauten der Kommunen aufzustocken und die steuerlichen Abschreibungen für Wirtschaftsbauten zu erleichtern. Einzelheiten sollen aber die Finanzexperten klären.

Die Unterredung im Bundeskanzleramt hatte statt der geplanten viereinhalb nur drei Stunden gedauert. Während der letzten Stunde sollen im Beisein von Fi-

nanzminister Gerhard Stoltenberg die Themen Airbus und Privatisierung der Lufthansa erörtert worden sein.

### Demonstrationsstrafrecht

Fragen der Aussenpolitik kamen nach inoffiziellen Berichten ebensowenig zur Sprache wie das allgemeine Klima in der Koalition, das in den letzten Wochen durch öffentliche Streitereien gekennzeichnet war. FDP-Sprecher Herbert Schmülling nannte die Unterredung unter Berufung auf Bangemann ein «Gespräch ohne Probleme in sachlich guter Atmosphäre».

Bestätigt wurde von den Parteichefs der Kompromiss zum Demonstrationsstrafrecht. Danach soll das Tragen von Helmen oder die Vermummung bei Demonstrationen eine Ordnungswidrigkeit, aber nicht grundsätzlich strafbar sein. Wer sich aber in einer gewalttätigen Demonstration befindet und den Helm oder die Maske trotz Aufforderung der Polizei nicht ablegt oder sich nicht entfernt, der soll mit bis zu einem Jahr Freiheitsentzug bestraft werden können. Für Schutzhelme wurde im Text des Gesetzesvorschlages der neue Begriff «Schutzwesten» verwendet.

Weiter einigten sich die Parteivorsitzenden darauf, dass das Personalausweis- und das Passgesetz im Herbst im Bundestag verabschiedet wird, so dass fäl-

schungssichere und computerlesbare Ausweise noch in dieser Legislaturperiode eingeführt werden können. Auch die Gesetze über den Verfassungsschutz, den Militärischen Abschirmdienst sowie das Gesetz über die informelle Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in Sachen des Staats- und Verfassungsschutzes sollen noch vor der Wahl verabschiedet werden.

### Novelle zum Patentschutzgesetz

Ebenfalls noch vor 1987 sollen die Novelle zum Bundesdatenschutzgesetz, das Gesetz zum Aufbau eines zentralen Verkehrsinformationssystems, ein Gesetz über die Maklerverträge, ein Gesetz zum Ersatz des Kündigungsrechts nach Paragraph 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches, gesetzliche Regelungen über Haustürgeschäfte und unlauteren Wettbewerb sowie Änderungen des Scheidungsfolgenrechts und des Versorgungsausgleichs verabschiedet werden.

Forciert vorangetrieben, aber in dieser Legislaturperiode wahrscheinlich nicht mehr verabschiedet werden können der Mitteilung zufolge der Musterentwurf eines Polizeigesetzes sowie die Neufassungen der Gesetze über das Bundeskriminalamt und den Bundesgrenzschutz. Zum Ausländer- und Asylrecht hiess es lediglich, über noch offene Fragen würden «unverzüglich gesondert Gespräche geführt».

dafür erforderlichen Verpflichtungskredit in Höhe von einer Million Franken. Die Abgeordneten unterstrichen die Notwendigkeit dieser technischen Anlage, besonders auch im Hinblick darauf, dass alle Hilfesuchenden zentral erfasst und dass die Einsätze wirkungsvoll abgewickelt werden können.

### Birkahof Mauren: Plenum bewilligt Baukostenbeitrag

Einstimmig genehmigte der Landtag den von der Regierung beantragten Baukostenbeitrag an den Verein für Heilpädagogische Hilfe in Liechtenstein für das geplante Wohnheim beim zu realisierenden Landwirtschaftsbetrieb «Birkahof» in der Gemeinde Mauren.

Der bewilligte Landesanteil beläuft sich auf einen Drittel der Gesamtkosten, das sind 420 000 Franken. Allerdings wurde der Baukostenzuschuss nur unter der Auflage der Rückzahlung des Subventionsbeitrages bei Zweckentfremdung des Objektes und der Sicherstellung des Subventionsbeitrages im Grundbuch genehmigt.

Die Abgeordneten Frommelt und Biedermann (FBP) sowie Hassler und Schäd-

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Aktenanfall beim Obersten Gerichtshof

Anfragebeantwortung im Landtag

In der Landtagssitzung vom 2. Mai 1985 stellte der stellvertretende Abgeordnete Dr. Wolff (VU) in seinen Ausführungen fest, dass die Dauer ordentlicher Rechtsmittel krass gestiegen sei, obwohl der Aktenanfall beim Obersten Gerichtshof sich nicht wesentlich erhöht habe. Die Anfrage geht dahin, welches der Grund für dieses krasse Ansteigen der Bearbeitungsdauer sei und ob Aussicht bestünde, dass sich der unerfreuliche Zustand in absehbarer Zeit wieder normalisiere. Dazu der zuständige Ressortinhaber Justiz, Vize-Regierungschef Hilmar Ospelt in der letzten Landtagssitzung vom 12. Juni:

Wir haben uns mit dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes in Verbindung gesetzt. Dieser erklärte, dass es nicht die Regel sei, dass ein Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof längere Zeit in Anspruch nehme. Der Grossteil der Akten werde unter der Zeit der erwähnten Fristen erledigt. Es sei aber richtig, dass ein paar Akten längere Zeit gedauert hätten. Diese seien denn auch von einer aussergewöhnlichen Schwierigkeit gewesen, so dass die Vorbereitungszeit grösserer Anstrengungen bedürftig hätte.

Nachdem der Präsident des Obersten Gerichtshofes auf Ende des Jahres vom aktiven Richterdienst in Österreich zurücktritt, ist davon auszugehen, dass es auch beim Obersten Gerichtshof keine Akten mehr gibt, die nicht innerhalb angemessener Zeit erledigt werden könnten.

## Freie Fahrt über die Grenzen gewährleistet

Fünf-Länder-Abkommen zum Abbau von Grenzkontrollen

Bonn (AP) Zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und den drei Beneluxländern wird heute Freitag in dem luxemburgischen Moselstädtchen Schengen ein Übereinkommen zum Abbau der Grenzkontrollen unterzeichnet. Nach einer Mitteilung von Staatssekretär Waldemar Schreckenberger vom Kanzleramt entspricht es weitestgehend der deutsch-französischen Vereinbarung vom Vorjahr sowie auch den Abmachungen mit Österreich, so dass vom Wochenende ab rechtzeitig zum Ferienbeginn im Kern Europas freie Fahrt über die Grenzen gewährleistet ist.

Schreckenberger teilte am Donnerstag in Bonn mit, dass voraussichtlich in Kürze auch Verhandlungen mit der Schweiz und Dänemark beginnen würden.